

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Albrecht Müller MdB zum
jüngsten Tornado-Unfall:
Endlich Schluß mit dem Tief-
flug! Seite 1

Peter Büchner MdB zur Wei-
gerung Bonns, eine verbind-
liche Zusage für die Mitfi-
nanzierung des Deutschen
Sportmuseums zu geben:
Errichtung gefährdet. Seite 2

Dieter Schanz MdB zur Bon-
ner Haltung gegenüber Ha-
noi: Dem von einer Hunger-
katastrophe bedrohten Viet-
nam helfen. Seite 3

Prof. Monika Ganseforth
MdB zur Revision des Ver-
einsrechts vor 80 Jahre:
„...dürfen keine Frauenper-
sonen aufnehmen“ Seite 4

Karl-Heinz Hiersemann MdL
zur anhaltenden Anwendung
des Radikalenerlaß in Bay-
ern: Strauß soll Gesinnungs-
schnüffelei beenden. Seite 5

Dietrich Sperling MdB zur
Privilegierung von Privatflie-
gern und zur Belastung von
Bus- und Bahnfahrern: Oben
und unten. Seite 6

43. Jahrgang / 90

11. Mai 1988

Endlich Schluß mit dem Tiefflug!

Der jüngste Unfall sollte Bonn veranlassen, seine Haltung zu revidie-
ren

Von Albrecht Müller MdB

Die Serie von Unfällen und Beinahe-Katastrophen beim militäri-
schen Tiefflug reißt nicht ab: Gestern ist ein britischer Tornado-
Militärjet, der zusammen mit bundesdeutschen Flugzeugen Tiefflug
üben wollte, im Landkreis Osnabrück abgestürzt. Die Trümmer der
Unglücksmaschine schlugen in umliegende Häuser ein und deckten
Hausdächer zum Teil ab. Beide Piloten sind tot.

Der jüngste Unfall ist wiederum ein trauriges Beispiel dafür, wie
weit bei den politisch Verantwortlichen das notwendige und tat-
sächliche Handeln auseinanderklaffen. Die Bundesregierung trottet
weiter wie der Hamster in seiner Treitmühle, ohne sich über die fa-
talen Folgen ihres Tuns klar zu werden. Dabei ist der neuerliche
Flugzeugabsturz nur ein spektakuläres Zeichen. Eine andere Kata-
strophe findet ständig statt: Tag für Tag werden Tausende von
Menschen in der Bundesrepublik - Kinder, alte Menschen, Kranke
und Schichtarbeiter - durch den militärischen Tiefflug körperlich
und seelisch unerträglich belastet. Allein diese Tatsache müßte für
die Bundesregierung Grund genug sein, unverzüglich zu handeln.

Welche Schritte eingeleitet werden müssen, hat die SPD-Bundes-
tagsfraktion in ihrem Entschließungsantrag vom 13. April 1988
aufgezeigt: Bis zur Klärung der Gesamtfrage, ob Tiefflug in der
Bundesrepublik noch notwendig, sinnvoll und zumutbar ist, muß
auf unsere NATO-Partner eingewirkt werden, daß sie ebenso wie die
Bundesluftwaffe von Tiefflügen über dem Gebiet der Bundesre-
publik absehen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich eine Politik einzulei-
ten, die sich an der Situation und den Bedürfnissen der Menschen
orientiert und mit dem Tiefflug Schluß macht. Höchste Zeit, daß
sie aus ihrer Treitmühle herauskommt. (-/11.5.1988/vo-he/rs)

* * *

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed/Druck-Umgebung
mit wertvollem Recycling-Papier



Errichtung des Deutschen Sportmuseums gefährdet

Bundesregierung verweigert verbindliche Zusage über Mitfinanzierung

Von Peter Büchner MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Sportausschuß des Deutschen Bundestages

Im Gegensatz zu dem positiven Votum des Sportausschusses weigert sich die Bundesregierung bisher, eine verbindliche Zusage für die Mitfinanzierung des Deutschen Sportmuseums in Köln zu geben.

Ohne die finanzielle Mithilfe des Bundes ist dieses Projekt der nationalen Sportrepräsentanz und der Sportgeschichte nicht zu verwirklichen.

Dabei kann sich der Träger, der Verein Deutsches Sportmuseum, auf eine Zusage des früheren Bundesinnenministers Baum (FDP) stützen.

Eine schnelle und positive Entscheidung der Bundesregierung ist auch deshalb erforderlich, weil inzwischen das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Köln verbindliche Erklärungen für die Finanzierungsbeteiligung abgegeben haben. Falls die Bundesregierung die Bereitstellung von Förderungsmitteln ablehnt, muß sie die Verantwortung für das Scheitern dieses wichtigen Vorhabens tragen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß die DDR in ihrem Bestreben, die deutsche Sportgeschichte in ihrem Sinne zu verwerten, große Anstrengungen unternimmt. So wird neben bereits bestehenden sporthistorischen Städten (zum Beispiel Leipzig und Freyburg/Unstrut) in Ost-Berlin ein Sportmuseum der DDR errichtet.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat für die Sitzung des Sportausschusses am 8. Juni 1988 einen Bericht der Bundesregierung erbeten.

(-/11.5.1988/vo-he/rs)

* * *

Vietnam nicht die Hilfe verweigern

Das südostasiatische Land ist von einer Hungerkatastrophe bedroht

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die jüngste Erklärung der EG-Staaten zum Kambodscha-Problem bei der siebten Außenministerkonferenz der zwölf EG-Staaten gemeinsam mit den sechs Mitgliedsländern von ASEAN (Brunei, Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand) ging an den dringendsten Notwendigkeiten vorbei: Zum Abschluß der Tagung hieß es, Vietnam dürfe keinerlei Unterstützung erhalten, die zur Aufrechterhaltung seiner Besetzung Kambodschas beitragen könne. Dabei zeigen gerade die Hilferufe Vietnams und seine Bemühungen um Aufnahme offizieller Beziehungen zur EG, daß sich dieses Land in politischen Schwierigkeiten befindet.

Wer Vietnam in dieser Lage hilft, trägt auch dazu bei, daß es sich aus Kambodscha zurückziehen kann. Nach allem Entgegenkommen, das Vietnam in den letzten Jahren gezeigt hat, macht sich derjenige, der Hilfe verweigert, sogar mitschuldig!

Wegen des langanhaltenden Winters und der ungünstigen Wetterentwicklung in der letzten Zeit (es gibt in vielen Gebieten Vietnams Dürre und Insektenplagen) ist die Frühjahrsernte, die in Nordvietnam die wichtigste ist, ernsthaft gefährdet. Trotz mehrfacher Anstrengungen wurde der Anbauplan nicht erfüllt. Von den angepflanzten Reisfeldern sind nur etwa 20 Prozent gut angewachsen, während 100.000 Hektar unterentwickelt und 5.000 Hektar sehr unterentwickelt sind, oft wegen zu alter Reissetzlinge. Gegenwärtig stehen 30.000 Hektar unter Insektenplage und über 130.000 Hektar unter schwerer Dürre.

Der Wasserstand in den Stauseen ist zwei bis sechs Meter unter dem normalen Stand. Bei anderen wichtigen Kulturen neben Reis, insbesondere bei Mais und Kartoffeln, gibt es ähnliche Entwicklungsrückstände, so daß ebenfalls hohe Ertragsseinbußen zu erwarten sind. Diese Situation belastet ernsthaft das tägliche Leben von Millionen Bauern in Nordvietnam.

Vietnam braucht zur Überwindung seiner Schwierigkeiten dringend eine große Menge von Nahrungsmitteln, Insektiziden und Düngemitteln. Die Bundesrepublik Deutschland und die EG sollten sich zu Hilfeleistungen entschließen, bevor es zu einer Hungerkatastrophe größeren Ausmaßes kommt. Gezielte Hilfe jetzt würde die Menschen dort instand setzen, ihr Land in Zukunft weiter selbst zu bewirtschaften und nicht jenes Schicksal der Hungerflüchtlinge auf sich nehmen zu müssen, das in Afrika Menschen oft genug in die Ausweglosigkeit geführt hat. (-/11.5.1988/vo-he/rs)

* * *

„...dürfen keine Frauenpersonen aufnehmen“

Zur Revision des Vereinsrechts vor 80 Jahren

Von Prof. Monika Ganseforth MdB

Am 15. Mai sind es gerade 80 Jahre her, daß das politische Vereinsrecht in Kraft trat, welches Frauen endlich die Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften gestattete. Bis dahin hieß es im preußischen Vereinsrecht: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, ... dürfen keine Frauenpersonen ... als Mitglieder aufnehmen; ... Frauenpersonen dürfen den ... Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beiwohnen.“

Angewendet wurde dieses Gesetz jedoch ziemlich einseitig. Während sich die bürgerliche Frauenbewegung vor und nach der Jahrhundertwende halbwegs ungehindert entwickeln konnte, wurden die Frauen der Arbeiterinnenbewegung überwacht, verfolgt, verhaftet, verurteilt. Die gesamte Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung geschah in der Illegalität.

Die Frauen der Arbeiterinnenbewegung wurden erfinderisch; sie trafen sich in finsternen Hinterzimmern, gründeten Tarnorganisationen wie Sterbekassen, Nähgruppen und Lesezirkel. Einzelne Frauen, wie zum Beispiel Ottilie Baader, wurden immer wieder verhaftet und zu hohen Geldstrafen oder Gefängnis verurteilt. 1908, vor 80 Jahren, wurde das Politikverbot für Frauen endlich aufgehoben.

Weiter bestehen blieb jedoch ein unsichtbares Politikverbot für Frauen. Über lange Jahre blieb in den Strukturen der Parteien und in den Köpfen vieler Männer und auch Frauen bestehen, daß Politik eine Sache der Männer und nichts für Frauen sei. Das wirkte so abschreckend, daß in der Vergangenheit nur einzelne Frauen versuchten, die Chancen der Beteiligung in Parteien und Gewerkschaften zu nutzen.

Die Diskussion der letzten Jahre über die Beteiligung von Frauen in der Politik und über die Überwindung des ungeschriebenen Politikverbots für Frauen, ihr Druck auf die männlichen Denkbarrieren, ist eine notwendige Folge der Änderung des Vereinsrechts vor 80 Jahren. Erst durch die geplante Einführung der Quotierung in der SPD wird der Kampf der Frauen und Arbeiterinnen gegen das Vereinsrecht wirklich erfolgreich sein. (-/11.5.1988/vo-he/rs)

* * *

Der Radikalenerlaß paßt nicht in eine demokratische Gesellschaft

**Ministerpräsident Strauß hat sicher die staatsmännische Weitsicht,
die Gesinnungsschnüffelei für beendet zu erklären**

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Hexenjagd auf junge Menschen, die in Bayern Beamte werden wollen, muß endlich ein Ende haben. Das skandalöse Vorgehen der CSU-Staatsregierung gegen angebliche „Verfassungsfeinde“ und vor allem gegen Sozialdemokraten ist nicht mehr hinnehmbar. In einem Antrag habe ich die Staatsregierung daher aufgefordert, von dem unseligen Extremistenbeschuß vom 28. Januar 1972 Abschied zu nehmen. Dieser Beschuß des Bundeskanzlers und der Regierungschefs soll bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst in Bayern nicht mehr angewendet werden.

Auch im Freistaat soll künftig wie in anderen Bundesländern so verfahren werden, daß für jeden Bewerber für den öffentlichen Dienst die positive Vermutung der Verfassungstreue gilt und eine Regelanfrage nicht mehr stattfindet.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die seinerzeitige Entscheidung, die die Grundlage von Regelanfragen und Verfassungsprüfungen ist, von einer SPD-Bundesregierung mitgetragen worden ist. Doch bereits 1976 hatte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt betont: „Ich habe mich damals geirrt.“ Für die SPD war damit ein Abschied vom Extremistenbeschuß vollzogen. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat sicherlich auch soviel staatsmännische Weitsicht und Mut zur Vernunft, einzusehen, daß der Radikalenerlaß nicht in eine demokratische Gesellschaft paßt.

Die Regelanfrage muß beseitigt werden. Denn sie ist überzogen, beschäftigt nur unnötig die Behörden. Zudem ist der „Erfolg“ solcher Gesinnungsschnüffelei zweifelhaft. Eine Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz soll nur dann erfolgen, wenn der Einstellungsbehörde konkrete Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen. Es muß mit der Praxis Schluß sein, daß diejenigen rasch in die radikale Ecke gestellt werden, die nicht mit der politischen Richtung der Mehrheitsfraktion übereinstimmen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert ferner die Staatsregierung auf, bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst nach folgendem Grundsatz zu verfahren: Die Vermutung der Verfassungstreue eines Bewerbers kann nur durch die Feststellung einer auf die Beseitigung der tragenden Grundsätze unserer Verfassung gerichteten aktiven Betätigung widerlegt werden. Weder politische Meinung noch Gesinnung ist maßgebend. Auch die Mitgliedschaft in einer Organisation für sich genommen reicht für die Ablehnung eines Bewerbers nicht aus. (-/11.5.1988/vo-he/rs)

Oben und unten

Privatflieger bekommen eine Steuerbefreiung, Bus- und Bahn-Fahrer werden zur Kasse gebeten

Von Dietrich Sperling MdB

Die sozialliberale Koalition hat 1981 im Rahmen von Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung die Aufhebung der Gasöl-Betriebsbeihilfe, zu deutsch: Die faktische Mineralölsteuerbefreiung für den öffentlichen Personennahverkehr und auch für Privatflugzeuge beschlossen.

Was den ÖPNV angeht, war diese Entscheidung falsch, denn sie hat seine Situation verschlechtert, während der konkurrierende Individualverkehr dank sinkender Benzinpreise real billiger geworden ist.

Gerhard Stoltenberg hat schon 1981 die Auffassung vertreten, die Gasölbetriebsbeihilfe solle nicht gestrichen werden. Er hatte wohl recht. Leider steht er nicht mehr zu dieser Auffassung und lehnt die von Ländern, ihren Ministerpräsidenten, den Verkehrsministern und den Umweltministern sowie den kommunalen Spitzenverbänden geforderte Wiedereinführung strikt ab. Franz-Josef Strauß war schon immer gegen die Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung und ist es heute noch. Aber je mehr wütende Briefe er nach Bonn schreibt, desto weniger kann er sich durchsetzen.

Nur bei den Sportfliegern hat er Erfolg gehabt: Deren Steuerbefreiung soll im Zuge der Steuerreform wieder eingeführt werden.

Jetzt kann man rätseln: Ist die Regierungskoalition von Franz-Josef Strauß davon überzeugt worden, daß die Förderung des Fliegens breiten Schichten der Bevölkerung stärker zugute kommt als eine Förderung des öffentlichen Personenverkehrs oder liegt es nur daran, daß der Ministerpräsident selbst fliegt, aber nie öffentliche Verkehrsmittel benutzt?

Auf jeden Fall zeigt dieses Beispiel die Anlage der Steuerreform: Die Herren Privatflieger kriegen eine Steuerbefreiung, die Benutzer von Bussen und Bahnen werden über den faktischen Wegfall der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer indirekt noch zur Kasse gebeten. Abgesehen von der Verteilungswirkung: Umweltfreundlicher ÖPNV wird diskriminiert, energetisch ineffizienter und umweltbelastender Flugverkehr subventioniert. Auch das gehört zur Steuerreform.

(-/11.5.1988/vo-hz/rs)

* * *